

Denkanstöße für die DDR und für uns¹

Die jüngste Entwicklung in der DDR wurde für unsere Tagung zu einer großen Herausforderung. Unser Thema »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit; Ideen zukünftiger Sozialgestaltung« musste sich an brennend aktuellen Tagesproblemen bewähren. Wir wollen uns am Ende der Tagung nochmals vergegenwärtigen, welche Bedeutung diese sozialen Ideale gerade für die weitere Entwicklung der DDR und ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik bekommen können, wenn das gewollt wird.

Freiheit

Erreicht haben die Bürger der DDR jetzt ein hohes Maß an Freiheit der Meinungsbildung und der öffentlichen Diskussion. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass sie sich über die künftige Sozialgestalt ihres Landes und seiner Beziehungen zu allen Nachbarländern klar werden können. Sie konnten diese Fragen bisher nicht frei untereinander diskutieren und deshalb auch nicht in ausreichendem Maße gegenseitig voneinander lernen. Sie können daher auf absehbare Zeit nicht abschätzen, welche politischen Fragen die ersten demokratischen Wahlen beherrschen werden und welche politischen Gruppen die voraussichtlichen Wahlsieger sein werden. Wir im Westen können uns kaum vorstellen, welche geistigen Folgen die starke Einschränkung der öffentlichen Meinungsbildung für die Meinungsbildung jedes einzelnen Bürgers hat. Nicht zufällig greifen alle totalitären Staaten rigoros in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung ein. Da ist ein großer Schritt zu besseren Verhältnissen getan worden, der nicht wieder rückgängig gemacht werden darf. Die *Rundfunk- und Pressefreiheit* bedürfen jedoch noch der rechtlichen und wirtschaftlichen Absicherung; dasselbe gilt für die *Freiheit des Geistes in Schulen und Hochschulen*.

Die *Öffnung der Staatsgrenze* zum Westen hin, die uneingeschränkte Reisefreiheit bringt für die Meinungsbildung, für den geistigen Horizont jedes einzelnen DDR-Bürgers viele neue Anregungen. Die massenhaft in Anspruch genommene Reisefreiheit wird auch das Lebensgefühl der DDR-Bürger grundlegend verändern und schon in nächster Zukunft die weitestreichenden Folgen auf allen Lebensgebieten haben. Jeder Versuch, ja schon der bloße Verdacht des politischen Versuchs, die Reisefreiheit wieder ernstlich einzuschränken, wird wohl sofort zu einer schweren Vertrauens-

¹ Überarbeitung des Schlusswortes zur Tagung des »Seminars für freiheitliche Ordnung« in Bad Boll am 18./19. November 1989

krise in die Ernstlichkeit und Beständigkeit der politischen Wende führen und damit zu unübersehbaren politischen Folgen. Neben der bereits eingeleiteten gesetzlichen Absicherung bedarf die Reisefreiheit der ökonomischen Absicherung in Form ausreichender *Devisenversorgung* ohne bürokratische Zuteilungsformen, die nur Misstrauen zur Folge haben können. Die uneingeschränkte *Konvertibilität* der DDR-Mark darf nicht als Fernziel gelten, sondern muss ein Nahziel werden, sonst wird die Reisefreiheit ganz einseitig nur als Übersiedlungsfreiheit nutzbar sein.

Jeder DDR-Bürger hat als deutscher Staatsangehöriger das Recht, einer selbständigen oder unselbständigen Arbeit in der Bundesrepublik regelmäßig oder gelegentlich nachzugehen, auch ohne hier wohnhaft zu werden. Jedenfalls bedarf es dazu keines Hauptwohnsitzes, also keiner Übersiedlung. Die Pendlerströme werden gewaltig werden, wenn der normale DDR-Bürger anders keine Devisen erwerben kann, um im Westen zu reisen oder Westwaren kaufen zu können. Auch Schwarzmarktgeschäfte aller Art, die das Preis- und Devisenkursgefälle zwischen Ost und West ausnutzen, werden durch noch so scharfe Zollkontrollen kaum zurückzudrängen sein. Not macht erfinderisch, und Kontrollen nähren doch bald nur wieder das politische Misstrauen, das soeben überwundene politische Zwangssystem solle unter wirtschaftlichen Vorwänden wieder eingeführt werden. Zunehmend werden sich auch die politischen Begriffe ändern; marktwirtschaftliches Verhalten des Einzelnen wird nicht mehr so einfach wie bisher als Schiebertum verächtlich zu machen sein. Was alle für das natürlichste Verhalten der Welt ansehen werden, kann kein Staat mehr verbieten.

Die Reisefreiheit wird sich nicht nur als ein Mittel zur Verbreitung kultureller, politischer und wirtschaftlicher Ideen erweisen, sondern auch als wichtiges Vehikel zu ihrer baldigen Verwirklichung im Leben jedes einzelnen DDR-Bürgers. Es wird nicht nur ein Nachholbedürfnis an Bildungsreisen sein, wenn die Reisefreiheit geradezu exzessiv genutzt werden wird, sondern auch politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Reisefreiheit setzt beide deutsche Staaten unter hohen Druck, rasch für viele Probleme gute Lösungen zu finden, die die Zahl der Übersiedlungen in den Grenzen des lange aufgestauten Nachholbedarfs halten.

Gleichheit

Die bevorstehende Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR kann von den dort bestehenden Staatsorganen nicht geleistet werden, weil diese der demokratischen Legitimation völlig entbehren. Es ist ganz unerheblich, ob Volkskammer und Regierung wissen, welches die jetzt erfolgversprechendsten politischen Maßnahmen sind und ob sie diese auch

anwenden wollen. Die notwendigen Veränderungen werden so tief in bestehende Interessenlagen eingreifen müssen, dass Parlament und Regierung einer einwandfreien demokratischen Legitimation bedürfen, wie sie nur aus *freien, gleichen und geheimen Wahlen* hervorgehen kann. Bei solchen Entscheidungen, von denen alle Bürger wissen, dass sie ihr persönliches Leben weitreichend verändern werden, von denen sie aber selber häufig nicht beurteilen können, welche Vor- und Nachteile sie persönlich treffen werden und ob das Verhältnis zwischen den Vor- und Nachteilen den Umständen nach angemessen ist, kommt es für die politische Akzeptanz nicht nur auf den Grad der Richtigkeit der Entscheidungen, sondern auch auf das Maß des Vertrauens zu den Fähigkeiten und den Absichten der Entscheidungsträger an. Dieses Vertrauen kann sich nur in demokratischen Prozessen bilden, die jedem Bürger erlebbar werden.

Andererseits dürfen die ordnungspolitischen Grundentscheidungen nicht lange aufgeschoben werden. Freie Wahlen sollten daher sehr, sehr rasch stattfinden und nicht erst im Herbst 1990, wie sich das die neuen politischen Gruppierungen zur Zeit noch wünschen², weil sie spüren, dass die politischen Klärungsprozesse noch ganz am Anfang stehen. Sie werden darauf vertrauen müssen, dass ein demokratischer Wahlkampf und ein neu gewähltes Parlament, das die Meinungsvielfalt der Bevölkerung besser widerspiegelt, in der Lage sein werden, den politischen Meinungsbildungsprozess durch öffentliche Diskussion ganz wesentlich voranzutreiben und eine politisch akzeptierte Mehrheitsbildung zu bewirken, die in den Augen der Bürger auch weitreichende Entscheidungen legitimiert.

Die aus einem demokratischen Prozess in der DDR hervorgehenden Entscheidungen werden die Bürger der Bundesrepublik auch dann respektieren, wenn sie das Gefühl haben, es sei ein Fehler, wenn die *Staats-, Wirtschafts- und Kulturordnung* der Bundesrepublik drüben nicht einfach in allen Einzelheiten kopiert wird. Je größer die Abweichungen sein werden, umso schwieriger wird sich der Prozess der Zusammenarbeit oder gar Vereinigung der beiden Staaten deutscher Nation gestalten.

Aber sicher ist die Bundesrepublik nicht das einzige Modell freiheitlicher deutscher Möglichkeiten, auch wenn dies für manchen Bundesbürger, der mit den bestehenden Verhältnissen allzu zufrieden ist, eine überraschende Erkenntnis sein wird. Es wäre bedauerlich, wenn die gegenwärtige Zweistaatlichkeit nicht auch als Chance begriffen würde, die Staats-, Wirtschafts- und Kulturordnung der Bundesrepublik, obwohl sie im Ganzen erfolgreicher war als die der bisherigen DDR, in allen Einzelheiten einer

² Anfang Dezember 1989 wurde am »Runden Tische beschlossen, in der DDR schon am 6. Mai 1990 freie Wahlen abzuhalten.

gründlichen Überprüfung zu unterwerfen. Die Bürger der DDR werden das sicher bis zu einem gewissen Grade tun, wenn das Streben nach staatlicher Einheit dies Bedürfnis nicht völlig in die Zweitrangigkeit zurückdrängt. Je deutlicher sich die Bürger der DDR davon freimachen, die Bundesrepublik mit allen ihren Institutionen zu kopieren, umso nachdrücklicher werden die Denkanstöße für die Bürger der Bundesrepublik ausfallen. Es wird spannend sein, in den nächsten Monaten diese Wechselwirkungen der Entwicklungen in der DDR und der Bundesrepublik zu verfolgen.

Brüderlichkeit

Wir sind überzeugt, dass Freiheit des Einzelnen und Autonomie privater Einrichtungen Voraussetzung der Effizienz in Kultur und Wirtschaft sind. Wir sollten aber genauso ernsthaft ins Bewusstsein heben, dass die Sorge vor dem Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit zur Aneignung fremder Leistungen, zur Ausbeutung anderer Menschen nicht ohne Grund sehr lebendig ist. Die Freiheit darf nicht zu einem Privileg weniger vor allen anderen verkommen. Wer nicht bereit ist, die Früchte der Freiheit mit allen brüderlich zu teilen, wird immer wieder erleben müssen, dass in demokratischen Prozessen insbesondere die Freiheit wirtschaftlicher Initiative verweigert oder nur zögernd gewährt wird.

Die bevorstehende Phase der *Umgestaltung der Wirtschaftsordnung* ist besonders anfällig für ungerechtfertigte Bereicherungen. Damit die wirtschaftliche Produktivität so rasch steigen kann, wie es sich die Bevölkerung erhofft, müssen die vorhandenen Produktionsmittel zum großen Teil in andere Hände kommen, nämlich in die Hände wirklich fähiger Unternehmerpersönlichkeiten. Dabei wird manches Objekt mehrfach die Hand wechseln müssen, bevor es in die produktivsten Hände gekommen ist. Wenn es ihnen gelingt, die wirtschaftliche Produktivität rasch zu steigern, werden viele betriebliche Anlagen und alle Wohn- und Geschäftsgrundstücke im Wert und Preis enorm steigen. Urteilsfähige Spekulanten und Makler wittern da heute schon ein großes Geschäft. Wird die Bevölkerung verstehen, dass sie ohne deren Hilfe einen raschen Aufschwung nicht erreichen kann? Soll sich die Bevölkerung deshalb mit ungezügelter Glückstüchtigkeit abfinden? Wie lassen sich Freiheit und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben praktisch verbinden?

Ein besonders schwieriger Fall wird die Umgestaltung des Volkseigentums an den Wirtschaftsbetrieben sein. Zunächst wird es nötig sein, die großen Kombinate zu entflechten, das heißt in wirtschaftlich selbständige Unternehmen zu zerlegen, die künftig untereinander in Wettbewerb stehen. Für die Führungsstrukturen dieser Unternehmen bietet sich als in vieler

Hinsicht geeignetes Vorbild die Aktiengesellschaft an, bei der der Vorstand auf Zeit in voller Selbständigkeit die unternehmerischen Aufgaben erfüllt und der Aufsichtsrat die Vorstandsmitglieder auswählt, beruft und (immer nur befristet) anstellt. Der Aufsichtsrat wird von den Aktionären gewählt, die die Eigentümer des im Unternehmen investierten Kapitals sind. Die Dezentralisierung der Wirtschaft erfordert es, den Aktienbesitz nicht in wenige Hände zu geben, sondern breit zu streuen. Die Unternehmen, die untereinander in Wettbewerb stehen sollen, sollten tunlichst andere Aktionäre haben.

Diese Ziele können auf den unterschiedlichsten Wegen erreicht werden. Hier soll nur auf eine Möglichkeit hingewiesen werden, die besonders geeignet erscheint, Neidkomplexe zu vermeiden und dennoch eine gesellschaftlich hoch effektive Aktienverteilung zu ermöglichen. Die DDR sollte mindestens 100 *Stiftungen* gründen und die Aktien der bisher volkseigenen Betriebe so auf sie verteilen, dass keine von ihnen einen beherrschenden Einfluss auf ein einzelnes Unternehmen erhält und keine Stiftung Aktien von konkurrierenden Unternehmen bekommt. Den Vorständen der Stiftungen sollte es nicht gestattet sein, sich in die Aufsichtsräte der ihren Stiftungen gehörenden Unternehmen wählen zu lassen. Dafür sollen sie wirtschaftlich erfahrene Persönlichkeiten suchen.

Die Aufgabe der Vorstände der Stiftungen soll es sein, die Stiftungszwecke zu erfüllen, nämlich die verantwortliche Verteilung der von den Aktiengesellschaften ausgeschütteten Gewinnanteile zur Förderung sozialer und kultureller Initiativen. Die Vorstände der Stiftungen müssen daher sachkundig sein in dem Lebensbereich, den zu fördern der jeweilige Stiftungszweck ist. Sie sollen sich geeignete Gutachtergremien aufbauen, die Förderungsanträge sozialer oder kultureller Initiativen fachgerecht beurteilen können. Die Stiftungszwecke sollten nicht zu eng gefasst werden, damit die Stiftungsgremien Schwerpunkte in Bereichen setzen können, die sie für besonders förderungswürdig und -bedürftig halten.

Es sollten mindestens zehn Stiftungen für denselben Lebensbereich, z. B. die Wissenschaftsförderung zuständig sein, damit sie untereinander im Wettbewerb um die Entwicklung der besten Begutachtungs- und Förderungsmethoden stehen. Jede gemeinnützige Einrichtung des sozialen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Lebens soll die Chance haben, ihre Förderungsanträge bei verschiedenen, voneinander unabhängigen Stiftungen zu stellen. Nur so wird die freie Initiative und der freie Wettbewerb im sozialen, künstlerischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Leben ausreichend ökonomisch gefördert, ohne dass es zu übermäßigen ökonomischen Abhängigkeiten von den Stiftungen kommen muss.

Die Befreiung der wirtschaftlichen Initiative kann durch die *Umwandlung des Volkseigentums an den Wirtschaftsbetrieben* in Stiftungsvermögen zugleich zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des sozialen und kulturellen Lebens von staatlicher Finanzierung genutzt werden. Damit soll nicht behauptet werden, dass dann jede staatliche Finanzierung dieser Bereiche überflüssig werde. Wichtig ist, dass es neben der staatlichen Finanzierung, die sich stets am Gleichheitssatz ausrichten muss und daher nur schwer besondere Leistungen honorieren kann, Stiftungsfinanzierungen zugänglich sind, die Initiativen nach ihrer Qualität fördern dürfen, ohne an den Gleichheitssatz gebunden zu sein. – Näheres in meinem Aufsatz »Anstöße für das Stiftungswesen«³ in diesem Heft.

Solange die Bodenpreise in der DDR noch niedrig sind, gäbe es auch eine gute Chance, eine Besteuerung des Grundbesitzes durchzusetzen, die künftige Spekulationsgewinne beim Grund und Boden ein für allemal ausschließt. Wenn die jährlich vom Grundeigentümer zu zahlende Steuer die sogenannte *Bodenrente*, die der Höhe der Pacht für den nackten Boden entspricht, voll abschöpft und wenn die Steuer der Entwicklung der Bodenrente regelmäßig angepasst wird, können die Bodenpreise nicht steigen. Sie haben sogar bei richtiger Steuerbemessung die Tendenz auf Null zu sinken. Denn die Bodenpreise entfernen sich nie weit vom Kapitalwert des Teils der Bodenrente, der dem Bodeneigentümer auf Ewigkeit als arbeitsloses Einkommen (Rente) verbleibt. – Die mit dem Grundstück verbundenen Investitionen (z. B. Häuser) führen bei der hier vorgeschlagenen »reinen Grundsteuer« nicht zu erhöhten Steuern; das Schaffen neuer Werte soll nicht besteuert werden.

Eine solche Steuer würde dafür sorgen, dass der Boden an diejenigen abgegeben wird, die ihn erfolgreich bewirtschaften können, weil jede Bodenhortung nur Verluste brächte. Weil die Steuer die Eigentümer veranlasst, Bodennutzungen anzubieten, werden die Mieten weniger steigen als bei ihrer Freigabe ohnehin zu erwarten ist. Die oft behauptete Überwälzbarkeit der »reinen Grundsteuer« würde die Erhöhung der Mieten voraussetzen, die nur durch Verknappung der angebotenen Bodennutzungen bewirkt werden könnte. Die »reine Grundsteuer« erhöht aber das Angebot an Bodennutzungen. Die Stadtplaner werden erleben, dass sich alle Baulücken so rasch wie möglich füllen und landwirtschaftliches Gelände bei der Umwidmung in Bauland im Preis nicht steigt, weil das Finanzamt sofort mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans einen neuen Steuerbescheid schickt.

³ (erstmal erschienen in FdF, Heft 201, S. 45–48, hier abgedruckt vor diesem Beitrag, Red.)

Ökonomisch erreicht eine solche Steuer dasselbe Ziel wie eine Verstaatlichung des Bodens mit anschließender Verpachtung an den meistbietenden Bodennutzer. Auch dieser Weg ist grundsätzlich gangbar. Der Vorteil der Steuerlösung ist die höhere Mobilität des Privateigentums an Grund und Boden sowie die Einheitlichkeit des Eigentums am Boden und am Haus, die bei Erbbaurechten kunstvoll, aber nur auf Zeit getrennt wird. Die Gefahr einer staatlichen Platzanweisung oder einer staatlichen Privilegienwirtschaft ist bei Staatseigentum am Grund und Boden kaum von der Hand zu weisen.

Die *währungspolitischen Fragen* sind von kaum zu überschätzender Bedeutung und Dringlichkeit für die Gesundung der DDR-Wirtschaft. Die freie Konvertibilität der DDR-Mark mit freien Wechselkursen sollte so rasch wie möglich hergestellt werden, damit die Wirtschaftsbetriebe durch selbständige Importe ihre vielen kleinen Engpässe so schnell wie möglich überwinden können. Die Engpassüberwindung wird schlagartig einen gewaltigen Produktivitätsfortschritt bewirken! Nur der einzelne Betrieb selbst, keine Behörde der Devisenzwangswirtschaft kann beurteilen, wie dringlich die Engpassüberwindung ist und wie hoch der Wechselkurs für die zum Auslandseinkauf benötigten Devisen daher sein darf. Je höher die Devisenkurse umso geringer werden die Importe und umso stärker werden die Exportanstrengungen der DDR-Betriebe ganz von selbst werden. Es wird den westlichen Ländern nicht leichtfallen, ihre Märkte für die osteuropäischen Länder brüderlich offenzuhalten, die ihre besten Waren sicher zu sehr niedrigen Preisen anbieten werden, wenn für die Deviseneinnahmen hohe Ostwährungsbeträge zu Erlösen sind.

Freie Wechselkurse können vieles ausgleichen, auch einen unvertretbaren Kaufkraftüberhang im Inland, also eine durch Preisfestsetzungen verdeckte und zurückgestaute Inflation. Es wäre jedoch eine erhebliche Hilfe für die Gesundung der DDR-Wirtschaft, wenn es gelänge, den Geldüberhang abzuschöpfen und stillzulegen. Dafür sind unterschiedliche Strategien denkbar, z.B. auch der Verkauf von Anteilen an volkseigenen Betrieben oder von hochverzinslichen Anleihen der DDR. Politisch am wirkungsvollsten könnte die Geldabschöpfung mit dem Angebot von Reisedevisen für den einzelnen DDR-Bürger verbunden werden. Bundesregierung und Bundesbank könnten in einer einmaligen Aktion in Zusammenarbeit mit der DDR jedem einzelnen DDR-Bürger zu einem Festkurs einen bestimmten (maximalen) Ostmarkbetrag in Westmark oder DM-Wertpapiere umtauschen und die eingelösten Ostmarkbeträge auf absehbare Zeit stilllegen. Das macht nur Sinn, wenn damit soviel Ostmark eingezogen werden, dass damit der gesamte Geldüberhang garantiert beseitigt ist, und wenn die DDR die

Geldmenge künftig knapp hält und den Binnenwert der DDR-Mark so im wesentlichen stabil hält (Inflationsrate maximal 5%).

Diese Aktion zur Anpassung der umlaufenden Geldmenge an das Warenangebot in der DDR würde eine Währungsreform erübrigen. Die von der Bundesrepublik gebotene Hilfe käme unmittelbar in die Hände der einzelnen DDR-Bürger, denen es im Sinne der freien Konvertibilität völlig freistehen müsste, was sie mit dem Devisenbetrag anfangen. Sie sollen ihn insbesondere zu freien Kursen an andere DDR-Bürger und DDR-Wirtschaftsunternehmen veräußern dürfen, wenn sie dies wollen. Die Stilllegung der Ostmark könnte von der Bundesbank nach und nach zulasten ihrer Gewinne, die sie bisher jährlich in Höhe vieler Milliarden an den Bundeshaushalt überwiesen hat, abgebucht werden. Wenn die Bundesrepublik mit einer einmaligen brüderlichen Devisenhilfe den DDR-Bürgern einen Währungsschnitt erspart, schafft sie die geldpolitischen Voraussetzungen der Ostmark-Konvertibilität, der Reisefreiheit und des Wirtschaftsaufschwungs. Nur wenn uns dies gelingt, wird der Übersiedlerstrom im Rahmen normaler Mobilität innerhalb Deutschlands bleiben.

Die Freigabe der Waren- und Dienstleistungspreise bei weitgehender Abschaffung der Subventionen könnte nach der Stabilisierung des Inlandspreinsniveaus ohne Inflationsschub zügig durchgeführt werden. Die Preise müssen bald freigegeben werden, damit sie sich an den tatsächlichen Kosten orientieren können und die Verschwendung aufhört, die mit subventionierten Preisen unvermeidlich verbunden ist. Die Freigabe der Preise ist auch eine Voraussetzung der Außenhandelsfreiheit, weil sonst subventionierte Waren in das Ausland abfließen oder im Inland künstlich überteuerte Waren unnötigerweise importiert werden.

Die an den Subventionen eingesparten Beträge müssten für die angemessene Erhöhung der Kindergelder und Sozialrenten verwendet werden, damit diese Bevölkerungsgruppen den Warenkorb für ihr Existenzminimum trotz steigender Preise für den Grundbedarf in mindestens demselben Umfang wie bisher bezahlen können. Wenn dies nicht mit einer gewissen brüderlichen Großzügigkeit geschieht, wird der Eindruck, die Wirtschaftsreform solle von den wirtschaftlich Schwächsten bezahlt werden, die Bildung der demokratischen Mehrheiten verhindern, die man für Reformen zugunsten freier Initiative braucht. *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit stehen politisch in einem unlösbaren Zusammenhang*, der leider oft übersehen wird.